



FDP

**Fraktion
Region Hannover**

**Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden Dieter Lüddecke
vom 14.12.2004**

Thema: Haushalt 2005

- Es gilt das gesprochene Wort -

1. Allgemeines

Seit Gründung der Region Hannover sind drei Jahre vergangen. In diesem Zeitraum hat die Region Schulden in Höhe von 409 Mio. € angehäuft, die aus Kreditaufnahmen für Investitionen stammen bzw. für die Tilgung von übernommenen Verbindlichkeiten aufgewendet werden. Diese Schulden wird uns niemand erlassen, sie müssen mit entsprechender Verzinsung in den nächsten Jahren getilgt werden. Das bedeutet bei durchschnittlich 6 bis 7 % Zinsen plus Tilgung jährlich eine zusätzliche Belastung von ca. 27 Mio. €, Tendenz steigend, wenn der vorliegende Haushalt so beschlossen wird.

Nun kann man ja sagen, dass Kreditaufnahmen im Vermögenshaushalt Investitionen in die Zukunft bedeuten und daher gerechtfertigt sind. Formal brauchen sie dann nur noch durch die Bezirksregierung genehmigt zu werden. Das ist richtig, dennoch gibt es Grenzen der Belastbarkeit. Wenn einem Unternehmen in gleicher Situation von den Banken weitere Kredite verweigert würden, müsste es Insolvenz anmelden. Wir als öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft melden nicht Insolvenz an, sondern binden unsere Nachfolger in der Regionsversammlung durch Verbindlichkeiten, die wir zu verantworten haben und nehmen ihnen jede Möglichkeit zur weiteren Gestaltung der Region.

Nun wären die genannten Fakten noch akzeptabel, wenn wir nicht im konsumtiven Bereich, nämlich im Verwaltungshaushalt, jährlich Defizite in Millionenhöhe hätten, die nur durch Kredite ausgeglichen werden können. Schon in diesem Jahr beträgt die durchschnittliche Höhe der aufgenommenen Kassenkredite nach unseren Berechnungen 145 Mio. €. Das macht für 2004 eine zusätzliche Zinsbelastung von ca. 8 Mio. € aus. Summiert man diese zu den 27 Mio. € aus dem Vermögenshaushalt, so zahlt die Region schon in diesem Jahr ca. 35 Mio. € für Zinsen. Das sind knapp 3 Mio. € im Monat oder ca. 700.000 € in der Woche oder ca. 100.000 € täglich. Diese Zahl ist offensichtlich unangenehm, deshalb hat sich niemand die Mühe gemacht, dieses während der Haushaltsberatungen nachzurechnen bzw. diesen Aspekt überhaupt anzusprechen.

Wenn man jetzt noch das strukturelle Defizit von 162 Mio. € für 2005 dazu rechnet, dann zahlen wir im nächsten Jahr täglich 114.000 € allein an Zinsen. Einem solchen Haushalt, der die nächste Generation durch Steuern und Abgaben belastet und gleichzeitig unseren Nachfolgern in der Regionsversammlung alle Chancen nimmt, Politik noch gestalten zu können, müsste eigentlich jeder Politiker in diesem Hause die Zustimmung verweigern. Die FDP-Fraktion jedenfalls wird einem solchen Haushalt allein aus diesem Grunde nicht zustimmen können.

Nun will ich nicht behaupten, dass wir den vorliegenden Verwaltungshaushalt ausgleichen könnten oder die Schulden in zwei oder drei Jahren abzutragen seien. Jeder weiß, dass dies nicht möglich ist. Ich möchte nur aufzeigen, auf welcher Basis wir über den Haushalt diskutieren, nämlich auf der

Basis von zukünftig 114.000 € Zinsbelastung pro Tag und das 365 mal im Jahr. Jeder kann sich ausmalen, was mit dieser Summe finanziert werden könnte. Der Streit, ob eine Beratungsstelle mit 5.000 € mehr oder weniger bezuschusst werden soll, wird angesichts solcher Zinsbelastungen bedeutungslos. Deshalb kann das Motto nur lauten: Defizite im Verwaltungshaushalt runterfahren und damit zukünftige Belastungen mindern. Das heißt, dass viele auch berechtigte Wünsche nicht mehr erfüllt werden können. Das setzt eine mutige Politik voraus, die wir bei den bisherigen Beratungen des Haushalts von der politischen Mehrheit nicht erkennen konnten.

Herr Regionspräsident, die FDP-Fraktion hat es begrüßt, dass Sie in Ihrer Einbringungsrede auf diesen Umstand hingewiesen haben. Ich erlaube mir, aus Ihrer Rede zu zitieren: »Wer die Augen vor der Zukunft nicht verschließt, wird feststellen, dass die Probleme der öffentlichen Finanzen, insbesondere die der Kommunen, noch erheblich zunehmen werden.« Und einige Sätze später: »Vielleicht will man die Entwicklung ja nicht wahrhaben, um sich nicht um den Schlaf zu bringen. Aber es nützt nichts: Die Probleme holen uns immer wieder ein, ja sie haben bereits voll von der Finanzpolitik der Region Besitz ergriffen.«

Dem kann man nur zustimmen, jedoch hat es an der Umsetzung dieser Erkenntnisse trotz einiger vorsichtiger Ansätze zum Sparen dennoch gefehlt. Zum einen hatten wir den Eindruck, dass nicht alle in der Verwaltung Ihrer Aufforderung gefolgt sind, und zum anderen hat die rot-grüne Mehrheitsgruppe im großen und ganzen den Haushalt nur durchgewunken, weil ihnen der Mut zu drastischen Sparmaßnahmen fehlt.

Wie man das anders gestalten kann, haben die Landesregierung und die schwarz-gelbe Mehrheit im Landtag bewiesen. Diese versuchen durch eine eiserne Sparpolitik im konsumtiven Bereich einerseits und Investitionen in die Infrastruktur sowie wirtschaftsnahe Forschung andererseits die äußerst prekäre Haushaltslage zu verbessern. Die Mehrheit der Menschen in Niedersachsen hat hierfür Verständnis - von vielen vernünftig Denkenden wird solches Handeln sogar erwartet.

Im Gegensatz dazu haben wir bei der politischen Mehrheit der Region den Eindruck, dass sie bei dem Gedanken an das Wahljahr 2006 versucht, trotz der angespannten Haushaltslage Ihre Klientelgruppen zu bedienen. Als Beispiele seien nur die ständige Verhinderung von Privatisierungen oder die Unterstützung langer Laufzeiten für Tarifverträge in unseren Gesellschaften genannt. Wer so Klientelpolitik betreibt, wird in wenigen Jahren die Region in den finanziellen Ruin treiben. Das wird nicht nur von der FDP-Fraktion so gesehen.

Ich will gerne an dieser Stelle auf Einzelheiten im Verwaltungshaushalt eingehen und darstellen, wie wir uns einen anderen Haushalt vorgestellt hätten, kann dies jedoch nur exemplarisch an wenigen Beispielen tun und möchte mit der Wirtschaftsförderung beginnen.

2. Wirtschaftsförderung

Die Region Hannover hat eigentlich beste Voraussetzungen für einen erstklassigen Wirtschaftsstandort in Deutschland. Sowohl die hervorragende Verkehrsinfrastruktur als auch der Welt größte Messen in Hannover sollten Garant für die Ansiedlung neuer Firmen und Wirtschaftswachstum sein. Wir anerkennen, dass die Region mit der Gründung der hannoverimpuls GmbH einen Schritt in die richtige Richtung getan hat, um nachzuholen, was bisher versäumt wurde, und unterstützen die beiden diesbezüglichen Haushaltsansätze. Auch das Unternehmerbüro leistet gute Arbeit als Anlauf- und Beratungsstelle für Unternehmen.

Damit hat die Region zwei Schwerpunkte gesetzt, mit denen wir nachhaltig Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung betreiben können. Darüber hinausgehende Dienstleistungen werden aufgrund der Haushaltslage kaum finanzierbar sein. Zwar ist mit der Auflösung der HRB im nächsten Jahr eine alte FDP-Forderung erfüllt, denn private Firmen können die Aufgaben ohne steuerfinanzierte Subventionen aus dem Regionshaushalt genau so übernehmen, doch schrecken

Sie bei einer Überführung der verbliebenen Kernaufgaben des TCH in hannoverimpuls bereits wieder zurück. Zuschüsse von 1,33 Mio. € im nächsten Jahr an das TCH sind viel zu hoch angesetzt. Hier könnte man erhebliche Mittel einsparen. Interessant ist auch die Begründung des zuständigen Dezernenten. Man könne der Stadt Hannover als Miteigentümer von hannoverimpuls nicht zumuten, Aufgaben des TCH und damit der Region zu übernehmen. Bei aha ist dies allerdings möglich. Dort werden die für die LHH erbrachten Leistungen der Straßenreinigung und des Winterdienstes in einer gemeinsamen Gesellschaft organisiert und getrennt abgerechnet. Hier in der Wirtschaftsförderung soll das für die verbleibenden Dienstleistungen des TCH nicht möglich sein. Man könnte mit einer besseren Organisation die Zuschüsse erheblich senken. Wir haben unseren Antrag zur Auflösung des TCH zurückgezogen, weil wir den hierzu notwendigen Beratungsbedarf in den Fraktionen anerkennen, werden ihn als Einzelantrag im nächsten Jahr allerdings erneut stellen.

Für das laufende Geschäft der Wirtschaftsförderung setzt die Region wieder ca. 5 Mio. € im Verwaltungshaushalt ein. Wir hatten im vergangenen Jahr vorgeschlagen, diese Mittel um ca. 1,5 Mio. € zu kürzen, ohne die Effizienz der Wirtschaftsförderung zu beeinträchtigen. Das wäre eine Sparquote von 30% gewesen. Sowohl der Dezernent als auch die politische Mehrheit haben dies mit der Begründung abgelehnt, so könne man keine effektive Wirtschaftsförderung betreiben. Jetzt haben wir mit Interesse festgestellt, dass die Verwaltung im Haushalt 2005 exakt unsere Sparvorschläge zur Hälfte übernommen hat. Wie im vergangenen Jahr haben wir weitere Einsparungen vorgeschlagen, die Sie natürlich ablehnen. Ich sage Ihnen heute voraus, dass Sie spätestens in zwei Jahren unter dem Zwang der Defizite und der damit verbundenen noch höheren Zinsbelastungen in unserem Haushalt genau diese Vorschläge aufgreifen werden. Warum tun Sie es eigentlich nicht heute?

3. Verkehr

Meine Damen und Herren, ähnliches gilt für den ÖPNV. Mit der EXPO 2000 hat die Region Hannover mit Milliarden-DM-Unterstützung aus dem Bundeshaushalt ein ÖPNV-Netz erhalten, um das uns andere Regionen in Niedersachsen beneiden. Hierauf kann man zunächst einmal stolz sein. Dann sollte es in den ersten 10 Jahren nach der EXPO möglich sein, auf weitere teure Ausbaustrecken der Stadtbahn zu verzichten und das auch öffentlich zu vertreten. Der Ausbau nach Altwarmbüchen war ja noch vor der Regionsbildung vom KGH beschlossen. Heute gibt es nicht nur erhebliche Beeinträchtigungen des Verkehrs während der Bauphase, Belastungen bei den Anwohnern der B 3, große Verärgerung bei Unternehmen, sondern auch die Menschen, die diese neue Stadtbahn nutzen sollen, werden schnell feststellen, dass die erhofften Verbesserungen gegenüber der augenblicklichen Situation nicht eintreten werden. Das Ganze kostet allein für die Baumaßnahme 70 Mio. €, die Bund und Region aufbringen müssen. Da man das Geld nur einmal ausgeben kann, fehlt es dem Bund bei dringenden Straßenbauprojekten, wie z. B. beim Bau der Nordumgehung von Burgdorf. Dort wälzen sich täglich mehr als 20.000 Fahrzeuge im Schneckentempo durch die enge Innenstadt mit allen daraus resultierenden Co2-Belastungen für die Anwohner. Dies ist ein Musterbeispiel für eine ideologisch geprägte Verkehrspolitik. Schienenausbau ja, Straße nein, obwohl ökologisch sinnvoll! Noch nicht einmal 600.000 € für die Sanierung der Kreisstraßen lassen Sie zu. Es wäre aus unserer Sicht zu wünschen, dass die geplanten Stadtbahnverlängerungen nach Misburg und Hemmingen nicht nur kurzfristig verschoben, sondern bei der bekannten Haushaltslage von Bund und Region für mindestens 10 bis 15 Jahre auf Eis gelegt werden. Dann kann man wesentlich später aufgrund einer neuen Beurteilung der Lage auch neu entscheiden.

Bei der Bestellung von Verkehrsleistungen gewinnt die Vorbereitung auf den freien Wettbewerb für unsere Verkehrsunternehmen zunehmend an Bedeutung. Besonders die üstra hat hier reichlich Nachholbedarf, denn das von der Region noch auszugleichende Defizit in der Sparte Bus wurde im Wirtschaftsplan 2004 auf rund 23 Mio. € beziffert. Auch wenn das Unternehmen beteuert, diese Summe könnte sich noch um 30 % verringern, so ist doch durch eine solche steuerfinanzierte Ausgleichszahlung eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Anbietern zu verzeichnen. Um zukünftig einen höheren Kostendeckungsgrad beim ÖPNV zu erzielen, muss bei allen drei

Verkehrsunternehmen noch konsequenter und vor allem schneller das Leistungsangebot auch in den Hauptverkehrszeiten überprüft werden. Hier erwarten wir aufgrund unseres Antrags Vorschläge der Verwaltung, denn der Unterausschuss hat zu diesem Thema bisher noch nicht die von uns gewünschten Einsparungen erarbeitet. Generell begrüßen wir die zunehmende Erkenntnis bei allen, Privatisierungen im ÖPNV nicht mehr auszuschließen. So kann die heute zu beschließende Vergabe der SPNV-Leistung für die Strecke Uelzen-Hannover-Göttingen als erster Erfolg verbucht werden, durch Einbindung privater Anbieter Kosten zu sparen. So reduziert sich allein hier der Zuschussbedarf der Region jährlich um 1,5 Mio. €.

4. Krankenhäuser

Die Defizite unserer Krankenhäuser belasten in erheblichem Umfang den Verwaltungshaushalt der Region. Die FDP-Fraktion begrüßt deshalb, dass die Verwaltung nun endlich die auszugleichenden Defizite der vergangenen Jahre aufgelistet und eine Prognose für die folgenden Jahre gegeben hat, obwohl ein Business-Plan für die neue Klinikum Region Hannover GmbH noch nicht vorliegt. Aufgrund dieser Zahlen sollten wir uns einig sein, dass ein Defizitenausgleich in zweistelliger Millionenhöhe pro Jahr in Zukunft nicht bezahlbar sein wird. Zum einen haben wir das Geld nicht, und zum anderen würden wir den Wettbewerb mit anderen hannoverschen Krankenhäusern, die keine steuerfinanzierten Ausgleiche erhalten und im Gegensatz zu uns die BAT-Verträge ihrer Mitarbeiter kündigen mussten, noch mehr verzerren, als dies heute schon der Fall ist. Es ist nicht mehr erklärbar, dass die Krankenschwester im Henriettenstift mit ihrer Steuer die höher dotierten Arbeitsverträge der Krankenschwester in unserem Klinikum bei gleicher Arbeitsbelastung mitfinanzieren soll. Außerdem müssen Sie sich, meine Damen und Herren von der rot-grünen Mehrheitsgruppe den Vorwurf gefallen lassen, dass Sie durch Maßnahmen wie Mitgliedschaft der neuen GmbH im KAV oder Festschreibung der BAT-Verträge und Kündigungsschutz für alle Mitarbeiter bis 2012 den Bestand unserer Krankenhäuser als Häuser in kommunaler Trägerschaft in eklatanter Weise gefährden. Wer die Krankenhäuser der Region in kommunaler Trägerschaft erhalten will, muss das Gegenteil von dem tun, was Sie gegen unseren Willen beschlossen haben.

Andererseits wäre eine Privatisierung zum augenblicklichen Zeitpunkt, davon ist die FDP-Fraktion fest überzeugt, ebenfalls falsch, weil bei einer solchen Lösung die Nachteile gegenüber den zu erreichenden Vorteilen deutlich überwiegen. Was ist also zu tun?

Wir kommen nicht umhin, die Verbindlichkeiten des Klinikums und der sechs Regionskrankenhäuser des Umlandes auszugleichen, um der neuen Klinikum Region Hannover GmbH einen schuldenfreien Start als eigenständiges Unternehmen in der Rechtsform einer GmbH zu ermöglichen. Danach muss erwartet werden, dass die zügig umzusetzenden Maßnahmen des BAB-Gutachtens anfangen zu greifen und die Defizite deutlich verringert werden. Die FDP-Fraktion schlägt deshalb vor, bereits nach drei Jahren, also in 2007, eine Zäsur vorzunehmen. Sollte es bis dahin nicht gelingen, wirtschaftlicher zu arbeiten als heute bzw. Defizite zu verringern, dann muss zu diesem Zeitpunkt über Privatisierungen ernsthaft nachgedacht werden. Das kann allerdings nicht so geschehen, wie es besonders die Grünen in der Vergangenheit immer praktiziert haben; einen Prüfauftrag an die Verwaltung geben und parallel die Weichen stellen, um Privatisierungen zu verhindern. Solche Scheingefechte wird es mit der FDP-Fraktion nicht geben. Wer in der nächsten Wahlperiode hier die politische Mehrheit hat, muss auf der Grundlage einer Bilanz 2007, wenn sich die Situation der Krankenhäuser nicht bessern sollte, handeln und nicht reden.

Die schlechte Lage unserer Krankenhäuser belastet aber nicht nur den Verwaltungshaushalt, sondern ebenso den Vermögenshaushalt. Ich darf daran erinnern, dass die FDP-Fraktion als einzige dem Neubau eines groß dimensionierten Krankenhauses als Ersatz für Siloah und Oststadt hier in der Regionsversammlung nicht zugestimmt hat, weil dies nicht finanzierbar ist. Wenn das Land in seiner mittelfristigen Planung 480 Mio. €, verteilt auf fünf Jahre, für alle niedersächsischen Krankenhäuser eingesetzt hat, dann ist die Hoffnung, unser Großprojekt mit 70 % durch das Land mitfinanzieren zu lassen, von vornherein Utopie gewesen. Deshalb schlägt die FDP-Fraktion das

vor, was machbar ist: Weitere Sanierung des Nordstadt-Krankenhauses mit den verfügbaren Mitteln und Festlegung auf die Option 3 des BAB-Gutachtens. Das heißt, dass zwei kleine Krankenhäuser als Ersatz für Siloah und Oststadt im Rahmen der vom Land bewilligten Mittel sowie durch private Investoren mittelfristig gebaut werden.

5. Schulen / Naherholung

Meine Damen und Herren, ich möchte es mit diesen Einzelbetrachtungen bewenden lassen. Natürlich würde ich noch gern nachweisen, dass das gegen das Votum des Schulausschusses beschlossene Berufsschulkonzept keine Einsparungen, sondern Mehrkosten verursachen wird oder dass bei der Naherholung trotz erkennbaren Bemühens der Verwaltung weitere Kürzungen möglich sind. Wir bekennen uns als Fraktion ausdrücklich zur Aufgabe der Naherholung, meinen jedoch, dass in Zeiten knapper Haushaltsmittel hier in besonderem Maße Einsparungen möglich sind. So halten wir es nicht für angebracht, dass jetzt immer noch Mittel für externe Gutachten eingesetzt werden, obwohl gerade hier hoch qualifiziertes Personal in der Verwaltung vorhanden ist. Wir haben deshalb in diesem Bereich die Kürzungsvorschläge der CDU-Fraktion in vollem Umfang mitgetragen.

6. Schlussbetrachtung

Wir konnten Sparvorschläge im Verwaltungshaushalt nur exemplarisch an wenigen Beispielen aufzeigen und haben dazu vornehmlich das Dezernat ausgewählt, bei dem nach unserer Meinung Sparpotentiale am deutlichsten vorhanden sind, nämlich das Dezernat IV mit den Fachbereichen Wirtschaftsförderung und ÖPNV. Mehr kann eine Fraktion mit 5 Abgeordneten und zweieinhalb Mitarbeitern nicht leisten. Eine Verwaltung mit über 1.500 Mitarbeitern verfügt über alle notwendigen Fakten und Daten, um weit mehr Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten, ohne dabei das Augenmaß für ein ausgewogenes Leistungsangebot der Region für die hier lebenden Menschen zu verlieren.

Über die Trennung von Aufgaben der Region, die von privaten Unternehmen genauso, aber kostengünstiger erledigt werden können, ist bei diesen Haushaltsberatungen wieder kein Beschluss gefasst worden – Ausnahme: HRB. Ich erinnere daran, dass der Kollege Kühn im vergangenen Jahr an gleicher Stelle konkrete Vorschläge zur Privatisierung öffentlicher Aufgaben gemacht hat; nichts davon ist von der rot-grünen Mehrheit aufgegriffen oder gar umgesetzt worden.

Sie, meine Damen und Herren von der politischen Mehrheitsgruppe, sind bei der letzten Wahl von den Wählern mit einer klaren Mehrheit ausgestattet worden. Das bedeutet nicht nur, dass Sie hier in allen Bereichen Macht ausüben können (wie wir das ja ständig erleben), sondern dass Sie vor allem mit den Haushaltsbeschlüssen eine große Verantwortung tragen. Mit dem vorliegenden Haushalt verspielen Sie die finanzielle Handlungsfähigkeit der Region für die nächsten Jahre, denn das Defizit wird exorbitant steigen. Damit werden sie dieser Verantwortung nicht gerecht.

Das Urteil über diesen Haushalt kann nach Auffassung der FDP-Fraktion nur lauten:

Sparpotentiale im Verwaltungshaushalt wurden nicht ausgeschöpft!

Aufgrund hoher Verschuldung kaum noch Investitionen zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zum Erhalt unserer Infrastruktureinrichtungen!

Ein sehr vager Konsolidierungsplan ohne nachhaltige Wirkung!

Einem solchen Haushalt wird die FDP-Fraktion heute und in Zukunft nicht zustimmen können.

Stellungnahme zur Regionsumlage:

Bund, Land, Region und Kommunen haben alle enorme Haushaltsprobleme. Die Haushaltsmisere der Region durch eine Erhöhung der Regionsumlage zu lösen, hieße, das Problem von der Ebene der Region auf die Städte und Gemeinden zu verlagern. Das Problem insgesamt bleibt und wird nicht gelöst.

Wir hätten als FDP-Fraktion einer geringfügigen Erhöhung der Regionsumlage zugestimmt, wenn nach der Umstellung auf Hartz IV die Region belastet und die Städte und Gemeinden entlastet würden. Man hätte dann die Umlage um die Summe erhöhen können, um die die Städte und Gemeinden entlastet wären. Nun profitiert aber auch die Region von Hartz IV, voraussichtlich um ca. 5 Mio. € Minderausgaben. So entfällt dieses Argument.

Deshalb sollten wir es bei der alten Regionsumlage belassen und Kürzungen im eigenen Bereich durchführen.